Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, ist es auch ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Arbeit, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.95 M., zuzüglich 45 Pf. Bringerlohn. Postbezug 1.95 M. zuzügl. Post- u. Zeitungsgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12702. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Platzgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederl. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 183 | Dresden, Sonnabend, den 8. August 1931 | 42. Jahrgang

Der Dresdner Nazisumpf

Betrug oder Unterschlagung? – Die geplünderten Nazigenossen
Was sagt Mutschmann?

Wie wir bereits gestern mitteilten, beginnen wir heute in aller Ausführlichkeit mit einer Schilderung der Vorgänge im Dresdner Nazilager und beschäftigen uns zunächst einmal mit Manipulationen, die sich um den „Freiheitskampf" drehen. Wir stützen uns damit auf den Bericht von gut informierten Gewährsleuten, die der Dresdner Ortsgruppe der NSDAP. heute noch angehören und keinen anderen Ausweg sehen, als diese Dinge durch den Weg in die Oeffentlichkeit klarzustellen.

Bei der im vorigen Jahre stattgefundenen Abspaltung der Gruppe Otto Strasser blieb der Gau Sachsen der Nazis ohne ein Gauorgan, da der Kampfverlag, in dem das damalige Gauorgan erschien, im Besitz von Otto Strasser verblieb.

Die Gauleitung Sachsen der Nazis selbst hatte die Mittel nicht zur Verfügung, um eine neue Zeitung herauszubringen. Es wandte sich daraufhin ein Dresdner Funktionär der Nazis an drei in Rußland geborene Auslandsdeutsche mit der Bitte, bei der Finanzierung behilflich zu sein. Diese drei erklärten sich bereit, das neue Gauorgan zu finanzieren unter der Bedingung, daß sie Inhaber des Verlages sein würden, womit sich auch die sächsische Gauleitung der Nazis einverstanden erklärte. Es wurde ein Vertrag geschlossen derart, daß die Gauleitung dem neugegründeten Verlag, dessen alleinige Inhaber die vorgenannten drei Personen waren, die Genehmigung gab, eine nationalsozialistische Zeitung als parteiamtliches Organ des Gaues Sachsen unter dem Titel Der Freiheitskampf erscheinen zu lassen. Der Vertrag enthielt Bestimmungen, nach denen sich die genannte Stelle verpflichtete, im Verlaufe einer gewissen Zeit — man spricht bis zum 31. Dezember 1931 — eine weitere nationalsozialistische Zeitung in Sachsen nicht ins Leben zu rufen und für unbestimmte Zeit ein weiteres parteiamtliches Organ ebenfalls nicht herauszugeben. Der Reingewinn sollte je zur Hälfte zwischen der Gauleitung Sachsens und den Inhabern geteilt werden. Herausgeber war der Landtagsabgeordnete Dr. Bennecke.

Anfang dieses Jahres übernahm dann der Reichstagsabgeordnete und sächsische Gauleiter der Nazis, Mutschmann, die Herausgabe, weil Dr. Bennecke versagt hatte. Vom Kampfverlag waren der Geschäftsführer Richter sowie anderes Personal mit übernommen worden. Ende Mai 1931 stellten sich gelegentlich der von den Inhabern durch einen Bücherrevisor veranlaßten Revisionen

Unterschleife in größerem Maßstabe

heraus. Bei diesen war vor allem der vorgenannte Geschäftsführer, ein bekannter Obernazi, beteiligt. Einer der Inhaber setzte sich daraufhin sofort mit Herrn Mutschmann persönlich in Verbindung, der wohl Richter seines Amtes als Geschäftsführer enthob bzw. mit dessen sofortiger Entlassung einverstanden war, jedoch einen Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung, der von den Inhabern beabsichtigt war, mit dem Bemerken unterband, daß dieser aus Gründen der Parteiräson nicht opportun sei. Daraufhin unterblieb die Strafanzeige durch die Inhaber. Vorher hatten jedoch schon in

der nationalsozialistischen Zeitungsvertriebsstelle Frohberg und Donhauser ebenfalls Unterschlagungen

stattgefunden, bei denen der Verlag des Freiheitskampfes ebenfalls geschädigt war. Nach dieser Unterredung mit Herrn Mutschmann stellten die Inhaber des Verlags für das weitere Erscheinen des Freiheitskampfes gewisse Bedingungen, über die man längere Zeit hin und her verhandelte. Nach Entlassung des Geschäftsführers Richter übernahm nunmehr einer der Inhaber selbst die Geschäftsführung, was aus einer handelsgerichtlichen Veröffentlichung hervorgeht. Inzwischen gingen die Verhandlungen zwischen den Inhabern und der Gauleitung Sachsen der NSDAP. hin und her, insbesondere, als in der Zwischenzeit sich herausgestellt hatte, daß die bisherige Geschäftsführung den Verlag stark in Schulden gestürzt hatte. Wir müssen hier einmal die Verhältnisse schildern, die zu der Dresdner Akzidenzdruckerei bestehen. Wie bekannt, sind die Nazis mit die ärgsten Feinde der Freimaurer.

Der Inhaber der Dresdner Akzidenzdruckerei, Müller, ist nun Mitglied einer Freimaurerloge.

Man müßte infolgedessen meinen, daß die Nazis mit diesem nichts zu tun haben wollen, aber weit gefehlt. Der Sohn dieses Herrn Müller ist Mitglied der Nazipartei. Mit dieser Druckerei schloß der Geschäftsführer Richter einen Drucksvertrag für die Zeitung ab, der nach den eigenen Worten des Herrn Müller so günstig war, wie er überhaupt hätte nicht günstiger sein können. Die vereinbarten Druckkosten sollen bis zu 40 Prozent über den normalen Druckkosten gelegen haben. Herr Müller hat aus diesem ersprießlichen Geschäft während des 280-tägigen Erscheinens des Freiheitskampfes im ganzen vom Verlag 270 000 M. erhalten.

Bei der Uebernahme durch den neuen Geschäftsführer Anfang Juli bestand eine Schuld des Freiheitskampfes an die Druckerei in Höhe von 70 000 M. Nach langen Verhandlungen erklärte Herr Müller sich bereit, diese 70 000 M. zu streichen. Nachdem nun die zwischen der Gauleitung Sachsen bestehenden Unterhandlungen zu keinem Resultate führten, erschien eines schönen Tages der Herr Reichstagsabgeordnete Mutschmann mit seinem getreuen Atlatus, Dr. Fritzsch, im Verlage des Freiheitskampfes, setzte kurzerhand, obwohl er dazu gar nicht berechtigt war, den Inhaber-Geschäftsführer ab, verlangte Herausgabe der Kasse, was ihm naturgemäß verweigert wurde. Von sich aus ernannte er den im Verlag tätigen Nationalsozialisten Hornauer einfach zum Geschäftsführer. Zu den weiteren Verhandlungen über das Schicksal des Verlages wurden die Inhaber einfach nicht mehr zugezogen, sondern die Herren machten das unter sich in den Fraktionszimmern der Landtagsfraktion ab. Daraufhin erfolgte dann durch die Nationalsozialisten die Ausräumung des Verlages.

Karteien, Listen, Adressiermaschinen, kurz alles, was zum weiteren Erscheinen des Freiheitskampfes nötig war, entführte man dem Verlage und schaffte es nach der Schriftleitung Polierstraße. Mit anderen Worten: man nahm einfach den Inhabern, ohne sie zu fragen, das gesamte Verlagsmaterial weg.

Post, die einging, wurde einfach von den Verlagsangestellten, ohne Genehmigung des Inhabergeschäftsführers, geöffnet. Verrechnungsschecke, die auf den Namen des Freiheitskampfes lauteten, wurden von dem von Herrn Mutschmann ernannten Geschäftsführer signiert und in Zahlung weitergegeben, obwohl sie eigentlich den Inhabern hätten übergeben werden müssen. Daraufhin reiste einer der Inhaber in Begleitung mit dem eingangs erwähnten Funktionär, der seiner Zeit das Kapital vermittelt hatte, nach München, um in der Reichsleitung wegen dieses unerhörten Vertrauensbruches vorstellig zu werden. Insbesondere wollte der Inhaber die Angelegenheit Hitler persönlich vortragen. Er verhandelte mit verschiedenen Funktionären der Reichsleitung, von denen er bezeichnenderweise immer wieder an Herrn Mutschmann verwiesen wurde. Auf seine Forderung, Hitler persönlich in der Angelegenheit sprechen zu wollen, wurde ihm bedeutet,

daß Hitler für derartige Sachen keine Zeit habe.

Er mußte unverrichteter Dinge von München wieder abreisen. — Die Quintessenz der ganzen Geschichte war daraufhin, daß man zwei der Inhaber, die Parteigenossen waren, kurzerhand aus der NSDAP. ausschloß, mit dem Bemerken, daß sie durch ihr Vorgehen das Ansehen der Partei geschädigt hätten, aber auch mit der Begründung, daß sie als Auslandsdeutsche, von denen es fraglich sei, ob sie die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen, nicht Mitglied der Partei sein könnten. Was ist Herr Hitlers Bedauernswert bei der ganzen Angelegenheit sind die Inhaber. Sie hatten seinerzeit das Geld auch nicht in bar zur Verfügung, sondern haben es sich gegen Lombardierung von Wertpapieren bei einer hiesigen Bank verschafft. Dafür dürfen sie auch jetzt für den geliehenen Betrag 23 Prozent Zinsen zahlen. Wie wir hören, sollen sich mit der ganzen Angelegenheit bereits die Gerichte beschäftigen. Man darf gespannt sein, was hier noch alles ans Licht kommen wird. Schon hört man, daß auch Unterschlagungen durch Zeitungskassierer zu verzeichnen seien. Ebenso soll das weitere Erscheinen des Freiheitskampfes in Frage gestellt sein.

* * *

Soweit unsere Gewährsmänner. Aus diesem nüchternen Tatsachenbericht ergibt sich für uns folgendes:

Erstens: Es sind in der Dresdner Nazipartei Unterschlagungen vorgekommen, an denen zum Teil prominente „Pg." beteiligt sind, Unterschlagungen, über die den Nazimitgliedern Bericht nicht gegeben wurde.

Zweitens: Man hat Parteigenossen bewogen, ihr Vermögen zu verpfänden und zur Schaffung des parteiamtlichen Organs die Mittel zur Verfügung zu stellen. Man hat ihnen eine Existenz versprochen, man hat sich damit das Organ geschaffen und die Inhaber vor die Tür gesetzt, als man sie nicht mehr brauchte. Man hat als Grund hierfür angegeben, daß die bisherigen Inhaber Auslandsdeutsche seien. Aber Hitler darf als Auslandsdeutscher an der Spitze dieser Partei stehen? Hitler hat ja schließlich auch kein Geld für den Freiheitskampf geopfert.

Drittens: Sind in Dresden alle Buchdruckereien in Händen von Freimaurern, so daß man bei denen, die von der NSDAP. mit den Juden als die größte Gefahr für das Deutschtum hingestellt werden, seine Propaganda besorgen lassen muß?!

Viertens: Die bisherigen Inhaber des Freiheitskampfverlages fordern eine gerichtliche einstweilige Verfügung, die laut bisherigem Vertrag u. E. das weitere Erscheinen des Freiheitskampfes in Frage stellt.

Mit den übrigen Dingen, die ohnehin demnächst eine gerichtliche Klärung erfahren, wollen wir uns nicht befassen, um dem Staatsanwalt nicht vorzugreifen. Wir bringen am Montag einen weiteren Bericht über peinliche Vorgänge in der Organisation der Dresdner NSDAP. Dieser Bericht stammt von einem ehemaligen Mitglied der SS. (Schutzstaffel).

Berliner Massenkundgebungen

Überfüllte SPD.-Versammlungen – Kommunistische Meuterei gegen Volksentscheid

D. Berlin, 7. August. (Eigener Funk.) Die Berliner Sozialdemokratie veranstaltete am Freitag abend in den größten Berliner Sälen mehrere Riesenkundgebungen gegen den Volksentscheid, die so starken Zulauf hatten, daß Parallelversammlungen abgehalten werden mußten. In allen Versammlungen kam in drastischer Weise Zorn und Empörung über den kommunistischen Klassenverrat zum Ausdruck. Der Vorwärts stellt dazu zugleich fest, daß jede einzelne der mächtigen Kundgebungen stärker war als die sogenannte Massenkundgebung der Kommunistischen Partei am Donnerstag im Berliner Sportpalast.

Es geht innerhalb der Arbeiterschaft nicht nur ein Sturm gegen den bürgerlichen Volksentscheid, sondern auch gegen die KPD. vor sich. Aus allen Teilen des Reichs treffen Nachrichten ein,

daß kommunistische Funktionäre der Parole der KPD., sich an dem faschistischen Volksentscheid zu beteiligen, nicht Folge leisten.

Was für das Reich gilt, das gilt insbesondere auch für Berlin. Der Arbeiterrat der Firma Stock, Marienfelde, der aus 6 Sozialdemokraten und 5 Kommunisten besteht, nahm z. B. mit sieben Stimmen bei vier Enthaltungen eine Entschließung mit der Aufforderung an die Belegschaft an, sich an dem deutschnationalen Stahlhelmvolksentscheid nicht zu beteiligen. In einer stark besuchten Versammlung der Belegschaft der AEG. in Treptow, wo die KPD. bisher ebenfalls großen Einfluß hatte, wurde mit allen gegen elf Stimmen eine Entschließung angenommen, in der es heißt, **daß die Anwesenden den schwarzweißroten Volksentscheid für verderblich, ja für verbrecherisch halten,** und sie deshalb alle Kräfte im Kampf gegen den Volksentscheid zur Verfügung stellen. Kein besonnener Arbeiter werde sich am Sonntag an dem Verbrechen des Volksentscheids beteiligen. Aehnliche Entschließungen liegen, wie wir bereits berichteten, aus Berliner Firmen zu Dutzenden vor.

Auch sonst gibt es eine ganze Reihe von Anhaltspunkten dafür, daß der KPD.-Zentrale ihr Lakaiendienst für die Faschisten außerordentlich schlecht bekommt. So fand dieser Tage bei Loewe-Radio die **Wahl des Arbeiterrats** statt. Bei der letzten Wahl im Juni erhielten die freien Gewerkschaften 287 Stimmen und 4 Mandate, die kommunistische RGO. 322 Stimmen und 5 Mandate. Da die kommunistischen Arbeiterratsmitglieder bei allen schwierigen Situationen immer wieder die Sozialdemokraten vorschoben und sich von der Verantwortung drückten, legten die freigewerkschaftlichen Arbeiterratsmitglieder ihre Mandate nieder, um die Belegschaft entscheiden zu lassen. **Infolge der kommunistischen Parole für den faschistischen Volksentscheid erhielten die freien Gewerkschaften bei der Neuwahl 328 Stimmen und 6 Mandate, die Kommunisten 183 Stimmen und 3 Mandate.**

In Berlin-Siemensstadt, wo zur Zeit rund 40 000 Menschen beschäftigt sind und die KPD. für Freitag zu „einer großen Massenversammlung" mit dem Agitator der KPD.-Zentrale, Ulbricht, aufgerufen hatte, erschienen nicht mehr als 21 (einundzwanzig) Versammlungsteilnehmer. Sie konnten es sich in dem Versammlungslokal, das über 1000 Personen faßt, reichlich gemütlich machen.

Diese Aufzählung könnte durch andere, ähnliche Beispiele über die Wirkung des verräterischen Spiels der KPD.-Zentrale fast bis ins Endlose ergänzt werden. Es gibt kaum eine Stadt, in der die örtliche kommunistische Bewegung sich geschlossen hinter die verräterische Parole der Berliner Zentrale gestellt hätte. Die Wirkungen werden wir am Sonntag erleben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310808/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG